

Pressekonferenz, 30. September 2019

Altersarmut gezielt entgegenwirken

Statement

Hubertus Pellengahr
Geschäftsführer
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wenn Grundrente, dann nur für Bedürftige. Das sagen zwei von drei Deutschen laut der aktuellen Umfrage, die Ihnen gleich Frau Prof. Köcher vorstellen wird. Rund fünf Milliarden Euro im Jahr soll die sogenannte Grundrente nach den jüngsten Plänen kosten. Rentner, die mindestens 35 Jahre eingezahlt haben, sollen für Jahre, in denen sie weniger als 80 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient haben, einen Zuschlag auf ihre Rente bekommen. Das Ganze soll dann auch noch über Bande von der Kranken- und Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. Und schon jetzt steht fest, dass die Wenigsten der Empfänger von Altersarmut betroffen sind. Aber um die Bekämpfung von Altersarmut geht es dem Bundessozialminister gar nicht vordringlich. Hier hat Hubertus Heil offensichtlich die Rechnung ohne die Wählerinnen und Wähler gemacht. Die haben zwar durchaus Sympathie für eine Grundrente, aber nur, wenn sie mit einer Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse verbunden ist. Am einfachsten wäre es daher, wenn sich die Bundesregierung einfach nur an ihren Koalitionsvertrag hielte.

Die Umfrage zeigt, wie groß der Reformbedarf im Bereich der gesetzlichen Altersvorsorge ist. Fast 80 Prozent der Deutschen haben Zweifel, dass die Renten in Zukunft gesichert sind. Das ist ein fatales Signal. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Menschen sich wieder auf ihre Rente verlassen können. Vertrauen schafft man aber nicht mit teuren Wahlgeschenken wie der Mütterrente oder der Rente mit 63. Das sind Rezepte von gestern. Wir brauchen aber eine Rente von Morgen.

Die gesetzliche Altersvorsorge muss dazu nur wieder einem ganz simplen System folgen: Die Bürgerinnen und Bürger zahlen zusammen mit ihren Arbeitgebern während der Erwerbsphase einen Teil des Lohns in die Rentenversicherung ein, dafür bekommen sie im Alter eine Rente, die sich nach der Höhe ihrer Beiträge richtet. Im Schnitt arbeiten wir 2/3 unseres erwachsenen Lebens und verbringen dann das letzte Drittel in Rente. Dazu komme ich gleich noch einmal. Wer während seiner Erwerbsphase mehr einzahlt, bekommt auch später mehr ausgezahlt. Dieses Prinzip erfreut sich nach wie vor einer großen Zustimmung in der Bevölkerung, wie

uns Frau Prof. Köcher gleich darlegen wird. Das Problem: die Politik hält sich nicht an dieses Prinzip.

In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Reformen beschlossen, die genau in die andere Richtung wirkten. Die Rente mit 63 und die Mütterrente stellen manche Rentenversicherte besser als andere. Der eingezahlte Euro ist nicht bei allen Rentenversicherten gleich viel wert. Das kostet Geld. Mal geht es dem Steuerzahler an den Geldbeutel, mal den Beitragszahlern, am Ende aber immer den fleißigen Bürgerinnen und Bürgern.

Wer etwas für stabile, gerechte und bezahlbare Renten tun will, sollte einen Blick auf die erfreulichste Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte werfen: die Lebenserwartung ist kontinuierlich gestiegen. Wenn wir künftig die Lebensarbeitszeit an die weiter steigende Lebenserwartung koppeln, können wir das Verhältnis zwischen Arbeit und Rente konstant halten. Eine Forderung, welche die INSM schon seit mehr als einem Jahrzehnt hat. Die weitere gute Nachricht: in der Bevölkerung wird die Notwendigkeit dieser Maßnahme inzwischen mehrheitlich erkannt.

Die steigende Lebenserwartung ist ein Geschenk, aber die steigenden Rentenbezugszeiten sind eine Belastung. Beides muss gerecht zwischen Jung und Alt aufgeteilt werden. Unser Vorschlag: mit der Gerechtigkeitsformel das Verhältnis von Arbeitszeit und Rentenzeit in Zukunft konstant halten. Steigt die durchschnittliche Lebenserwartung um ein Jahr, wird dieses auf vier Monate länger Rente und acht Arbeitsmonate aufgeteilt.

Was den Deutschen bei der Zukunft der Rente sonst noch besonders wichtig ist, erfahren Sie jetzt von Frau Prof. Köcher.